
Der Hohe Repräsentant: Autokrat oder Demokrat?

Diese Woche wurde in Wien ein neues Forschungsprojekt zur Rolle des Hohen Repräsentanten Wolfgang Petritsch bei der Demokratisierung von Bosnien und Herzegowina präsentiert. Darüber diskutierten Südosteuropa-Experten aus Deutschland und Österreich.

Auch 22 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Dayton stellt der Hohe Repräsentant der Vereinten Nationen für Bosnien und Herzegowina einen wichtigen Faktor im politischen Leben dieses Balkan-Landes dar. Seine Rolle ist heute, verglichen zu früher, eine geringe und für die Dynamik des politischen Lebens vor Ort zu vernachlässigen. Doch in den ersten Jahren nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags, der das Nachkriegs-Land Bosnien und Herzegowina verfassungsrechtlich definiert hatte, war die Situation eine ganz andere.

Die Hohen Repräsentanten hatten damals wie heute fast unbegrenzte Befugnisse, die sie allerdings auch nutzten, um Lokalpolitiker zu ernennen oder abzusetzen sowie Gesetze in Bosnien-Herzegowina zu verabschieden. Einer jener Hohen Repräsentanten, die die sogenannten Bonner Befugnisse auch nutzten, war der Österreicher Wolfgang Petritsch. Er wird der bosnischen Öffentlichkeit als der Hohe Repräsentant in Erinnerung bleiben, unter dessen Mandat die Rückgabe von Wohnungen und Häusern an die Besitzer aus der Vorkriegszeit realisiert und die Rückkehr der meisten Minderheiten (ehemals Vertriebener und Flüchtlinge) in Bosnien-Herzegowina erreicht wurde. Das Amt des Hohen Repräsentanten hatte Petritsch von 1999 bis 2002 inne, bis ihn der Brite Paddy Ashdown ablöste.

Die Aktivitäten von Wolfgang Petritsch sind nun Gegenstand eines – vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank geförderten – Forschungsprojekts mit dem Titel »Durch ‚Autokratie‘ zur Demokratie? Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina von 1999 bis 2002«, das im kom-

menden Jahr am Franz Vranitzky Chair for European Studies (FVC) am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien abgeschlossen wird.

»Die Aktivitäten von Petritsch werden wir auf der Grundlage seiner Korrespondenz mit in- und ausländischen Akteuren, Medienberichten in der bosnischen und internationalen Presse sowie seiner persönlichen Dokumente und Aufzeichnungen untersuchen«, erklärt Silvia Nadjivan, sozialwissenschaftliche Projektleiterin an der Universität Wien und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDM. »Eine unserer Hauptthesen ist, dass Petritsch ohne demokratische Legitimation seitens der lokalen Bevölkerung daran arbeitete, Demokratie zu etablieren, ohne dass er als Okkupator wahrgenommen wurde«, erläutert Nadjivan und ergänzt, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung auch für aktuelle Konfliktherde und Möglichkeiten des internationalen Interventionismus nützlich sein könnten.



© Matthias Asboth

Unter der Moderation von Marijana Grandits (3.v.l.) diskutierten Melita Šunjić, Vedran Džihrić, Marie-Janine Calic und Florian Bieber in Anwesenheit von Wolfgang Petritsch.

BiH im Dayton-Teufelskreis

Die Präsentation des Projekts »Durch ‚Autokratie‘ zur Demokratie?« war Anlass für die (vom FVC in Kooperation mit dem IDM organisierten) Podiumsdiskussion im Bruno-Kreisky-Forum für internationalen Dialog, an der führende Südosteuropa-Historiker und -Experten aus dem deutschsprachigen Raum mitwirkten. Hinsichtlich des aktuellen Einflusses des Hohen Repräsentanten auf den internationalen Interventionismus in Bosnien-Herzegowina äußerte Marie-Janine Calic, Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der viel beachteten Ludwig-Maximilian-Universität in München, ihre Zweifel: »Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina wurde mit der Zeit selbst ein Teil des Problems in diesem Land«, so die renommierte deutsche Historikerin. »Die Geschichte lehrt uns, dass es den Balkanvölkern besser ging, wenn sie selbst Lösungen für ihre Probleme fanden«, untermauert Calic ihre These und fügt hinzu, dass das Dayton-Abkommen, wie auch immer es sein mag, erfolgreich implementiert werden kann, sofern es den politischen Willen dazu gibt. Der Hohe Repräsentant und der internationale Interventionismus schufen in

Bosnien-Herzegowina eine Art kollektiver Abweisung von Verantwortung, kritisiert die Historikerin und unterstreicht, dass gerade der internationale Interventionismus aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien Staaten schuf, die aus eigener Kraft nicht überleben könnten.

Dayton - voller Kontroversen

Im Gegensatz zu Calic stellt Florian Bieber, Professor für Südosteuropa-Studien und Leiter des Südosteuropa-Zentrums an der Universität Graz, nicht die Sinnhaftigkeit internationaler Interventionen in Frage, weist jedoch gleichzeitig auf die Fehler des Interventionismus in Bosnien und Herzegowina hin. »Die zu früh durchgeführten Wahlen im Jahr 1996 zeigten, dass gerade jene politischen Kräfte, die zuvor Krieg geführt hatten, Triumphe einfahren konnten, weil gerade sie über die beste Infrastruktur verfügten, um Wähler zu mobilisieren. Das war eine Lehre für alle anderen Krisenherde«, betont Bieber und verweist beispielhaft auf Kosovo, wo die Beendigung des Konflikts in den ersten Jahren von einer stärkeren Form des internationalen Protektorats begleitet war und erst danach Wahlen zu besseren Ergeb-

nissen geführt hatten. Bieber kritisiert auch die Widersprüche im Dayton-Abkommen: einerseits exklusive ethnische Territorien, womit die ethnische Säuberung sogar belohnt erscheint, andererseits die Forderung der internationalen Gemeinschaft nach fortsetzender Rückkehr von Minderheiten.

»Obwohl das ethnische Organisationsprinzip von Bosnien-Herzegowina zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung nicht ignoriert werden konnte, ist dieses Land zu einem Ort geworden, wo die ethnische Repräsentation in jedem Lebenssegment eine zu große Rolle spielt«, bemängelt der Grazer Universitätsprofessor und ergänzt, dass das Dayton-Abkommen und darauf aufbauend der Hohe Repräsentant versuchten, eine demokratische Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina zu schaffen, die auf einem Konsens beruht, den es aber unter den Vertretern der Völker nach wie vor nicht gibt.

Wiederbelebung des Amtes

Obwohl unmittelbar nach der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens die Annahme vorherrschte, dass die Mission des Hohen Repräsentanten nur kurze Zeit dauern würde, ist dessen Büro in Sarajevo noch heute in

Betrieb. »Bosnien und Herzegowina ist heute ein Land einer tiefen politischen und sozialen Krise«, konstatiert Vedran Džihic, Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIP) und einer der führenden Balkan-Experten in Österreich. Džihic appelliert in Richtung Europäischer Union und internationaler Gemeinschaft, einen neuen Ansatz für Bosnien und Herzegowina zu finden. »Die europäische Integration stellt heute eine tote Worthülse auf Papier dar. Denn die überwiegende Bevölkerungsmehrheit inneralb der EU ist gegen eine Erweiterung«, erklärt Džihic und fügt

hinzu, dass es darüber hinaus einen Weg geben müsse, um politische Kräfte im Land zu sammeln und die liberalen Werte in der Region wieder zu stärken. »Derzeit gewinnen am West-Balkan autoritäre Regime wie jenes von Aleksandar Vučić in Serbien an Stärke«, warnt Džihic, verweist aber zugleich darauf, dass Veränderungen möglich sind, wie das Beispiel von Mazedonien zeigt. Dort musste der autoritäre Ministerpräsident Nikola Gruevski seinen Posten räumen und den Weg für die linke Regierung von Zoran Zaev frei machen. Positive Veränderungen in Bosnien und Herzegowina sind möglich,

jedoch nur, wenn die Europäische Union die Werte, auf denen sie beruht, wieder festigt und revitalisiert. »Ohne die Konsolidierung der EU-Zentralachse Macron-Merkel ist es nicht möglich, die europäische Peripherie zu konsolidieren«, resümierte der bosnisch-österreichische Politologe.

Artikel von Nedad Memić am 23.06.2017 in »Deutsche Welle« (dw), in: <http://p.dw.com/p/2fCLO>; (Übersetzung aus dem Bosnisch/Kroatisch/Serbischen: Silvia Nadjivan).
